NIEDERSCHRIFT HFA/014/2011

über die Sitzung **des Haupt- und Finanzausschusses** am 12.07.2011 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Günther Fehmer	
Herr Florian Heuermann	
Herr Ludger Kleideiter	
Herr Bernhard Kortmann	Vertretung für Herrn Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer	
Herr Franz Becks	Vertretung für Herrn Jürgen Brunn
Herr Hans-Jürgen Dittrich	
Herr Thomas Tauber	
Frau Maggie Rawe	Vertretung für Herrn Ulrich Schlieker
Herr Hubert Maas	

Vortragender Gast:

Herr Michael Dr. Oelck	zu TOP 3. ö. S.

Entschuldigt fehlt:

Herr Helmut Geuking

Von der Verwaltung:

Herr Jürgen Erfmann	
Herr Peter Melzner	
Herr Hubertus Messing	
Herr Gerd Mollenhauer	
Herr Martin Struffert	
Frau Birgit Freickmann	Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:10 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Überörtliche Prüfung der Informationstechnologie der Stadt Billerbeck

Herr Messing führt aus, dass die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) zum ersten Mal eine IT-Prüfung bei der Stadt Billerbeck durchgeführt habe. Das GPA habe der Stadt attestiert, dass sie mit einem Erfüllungsgrad von 75% sehr gut aufgestellt sei. Um einen höheren Erfüllungsgrad erreichen zu können, müssten insbesondere zusätzliche Dienstanweisungen erlassen werden. Außerdem könnten die Anforderungen an den Server-Raum in einem historischen Gebäude wie dem Rathaus Billerbeck nicht zu 100% erfüllt werden.

Anschließend werden Fragen der Ausschussmitglieder u. a. zum Zugriff auf Einwohnermeldedaten durch Landesbehörden, zum Sicherheitsmanagement und Notfallversorgungskonzept, zu den eingerechneten Personalkosten, zur eingesetzten Software und zum Datenklau beantwortet.

Auf Nachfrage wie viele Kommunen überörtlich verglichen wurden, teilt Herr Messing mit, dass insgesamt bisher 10 Kommunen geprüft wurden. Das GPA beabsichtige, insgesamt 50 – 60 Kommunen zu prüfen und habe zugesagt die Ergebnisse zur Verfügung zu stellen. Mit Billerbeck sei die erste autarke Kommune geprüft worden. Die Prüfungsergebnisse des GPA würden zu gegebener Zeit den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Der komplette Prüfungsbericht ist in Session unter der Sitzungsvorlage als Anlage eingestellt.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Prüfungsbericht anerkennend zur Kenntnis.

2. Finanzzwischenbericht 2011;
hier: Entwicklung des Produktes 16010 "Allgemeine Finanzwirtschaft"

Herr Melzner erläutert die wesentlichen Daten des Finanzzwischenberichtes und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder hierzu.

Herr Fehmer möchte wissen, wie die Verwaltung mit der Forderung des Kreises umgehe, bis spätestens zum 30.09.2011 eine festgestellte Eröffnungsbilanz vorzulegen.

Frau Mollenhauer vergleicht das Schreiben des Kreises Coesfeld mit einem blauen Brief der Schule.

Herr Melzner teilt mit, dass auf jeden Fall bis zum Jahresende die Eröffnungsbilanz und der erste geprüfte Jahresabschluss vorgelegt werden.

Frau Dirks ergänzt, dass es einen klaren mit der Wirtschaftsprüferin ab-

gestimmten Fahrplan gebe. Eine Verzögerung habe es gegeben, weil die Bewertung der Straßen komplett neu vorgenommen werden musste. Man sei in ständigem Austausch mit dem Kreis.

Herr Kortmann erkundigt sich, inwieweit die kritische Anmerkung des Kreises zu der vom Rat abgelehnten Zuführung des Überschusses des Abwasserbetriebes an den städt. Haushalt im Haushaltsplan 2012 Berücksichtigung finden müsse.

Frau Dirks stellt heraus, dass allein der Rat die Entscheidung über eine Zuführung des Überschusses an den städt. Haushalt treffe.

Herr Fehmer bekräftigt, dass es keine rechtliche Verpflichtung hierzu gebe und der Kreis die Entscheidung des Rates zu akzeptieren habe.
Auf Nachfrage von Herrn Fehmer, wie der vom Kreis festgesetzte Termin zur Vorlage der Eröffnungsbilanz mit der erst für Oktober vorgesehenen Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses zusammen passe, legt Herr Melzner dar, dass der 30.09. nicht eingehalten werden könne und der Kreis hierüber auch informiert werde. Die Eröffnungsbilanz werde in Abstimmung mit dem Kreis bis zum Jahresende vorgelegt.

Der HFA nimmt den Finanzzwischenbericht zur Kenntnis.

3. Bedeutung und Entwicklung des Handwerkes in Billerbeck

Herr Dr. Michael Oelck Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft erläutert die Entwicklung des Handwerks in der Stadt Billerbeck (**Anlage 1**).

Herr Dittrich stellt voran, dass der Bericht sehr gut die Bemühungen des Handwerkes in Billerbeck deutlich mache. Ihn interessiere, wie Herr Dr. Oelck die von der SPD-Fraktion initiierte Entwicklung Billerbecks zu einer energieautarken Kommune einschätze.

Herr Dr. Oelck macht deutlich, dass er für einen Energie-Mix eintrete, wobei konventionelle Techniken nicht vergessen werden sollten. Genauso gut dürften regenerative Energien nicht unterschätzt werden. Insgesamt stehe das Handwerk allen Techniken offen gegenüber, wobei er von Exoten abrate. Er versuche zu erreichen, dass die Betriebe vor Ort gefördert werden und Aufträge erhalten.

Herr Fehmer greift auf, dass die Gemeinschaftsschule eine intensive Zusammenarbeit mit den Handwerksbetrieben vor Ort plane, um jungen Menschen mehr Einblicke in die Berufe zu geben und erkundigt sich bei Herrn Dr. Oelck, ob er eine Bereitschaft der Handwerksbetriebe in Billerbeck hierzu erkennen könne.

Herr Dr. Oelck bestätigt unter Hinweis auf das Telgter Modell, dass eine Zusammenarbeit viele Vorteile für beide Seiten habe, allerdings sollte dabei nicht noch mehr Theorie vermitteln werden; die Schüler wollten

praktische Erfahrungen sammeln.

Frau Dirks ergänzt, dass ein Billerbecker Netzwerk nach dem Vorbild des Telgter Modells entstehen soll und es bereits eine erste Veranstaltung gegeben habe, zu der alle Billerbecker Betriebe eingeladen wurden. Dabei gehe es darum, dass Billerbecker Betriebe Unterrichtseinheiten anbieten, in denen die Schüler einen Zusammenhang zwischen dem in der Schule Erlernten und der Berufspraxis herstellen können. Die Berufsvorbereitung solle demnächst schon in der 5. Klasse beginnen.

Der Bericht des Herrn Dr. Oelck wird lobend zur Kenntnis genommen.

4. Wirkungsorientierte Steuerung mit Zielen und Kennzahlen im NKF-Haushalt

Herr Fehmer führt aus, dass eigentlich der HFA Kennzahlen u. a. festlegen sollte. Er könne aber nachvollziehen, dass in einem kleinen überschaubaren Kreis in Form eines Beirates intensiver gearbeitet und auch Quergedanken geäußert werden können, ohne dass diese gleich öffentlich werden. Außerdem habe er der Diskussion der letzten HFA-Sitzung entnommen, dass der Beirat aufgelöst wird, wenn er nichts bringe oder eine Fraktion nicht mehr mitmachen möchte. Unter diesen Voraussetzungen biete die CDU –Fraktion ihre Mitarbeit in einem Beirat an und schlage vor, dass jede Fraktion eine Person in diesen Beirat entsendet.

Herr Tauber stellt fest, dass ein Arbeitskreis nur Sinn mache, wenn alle Fraktionen, auch die kleinen, vertreten sind. Ob nur ein Vertreter je Fraktion benannt werden soll, müsse in der ersten Zusammenkunft noch einmal erörtert werden. Er begrüße es sehr, dass die Idee weiter verfolgt werde.

Frau Rawe unterstützt ebenfalls die Bildung eines Beirates. Das angesprochene Querdenken sei sehr wichtig und nur in einem kleinen Kreis möglich. Auch die Effizienz sei in einer kleinen Gruppe besser.

Herr Maas begrüßt und wünscht sich, dass eine solche Gruppe eingerichtet wird. Er betrachte diese Gruppe als Vorschlagsgremium, das sicherlich brauchbare Ergebnisse liefern wird.

Frau Mollenhauer gibt zu bedenken, dass auch Vertreter benannt werden sollten, weil ansonsten beim Fehlen einer Fraktion nicht getagt werden könne.

Frau Dirks schlägt vor, die jeweiligen Mitglieder und Vertreter in der nächsten Ratssitzung zu benennen.

Beschluss:

Zur wirkungsorientierten Steuerung mit Zielen und Kennzahlen im NKF-Haushalt wird ein Beirat gebildet, in dem neben der Bürgermeisterin und dem Kämmerer ein Mitglied und ein Stellvertreter jeder Fraktion vertreten

sein soll.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Gründung der Spartengesellschaft "Münsterland Energie GmbH"

Herr Heuermann erklärt sich für befangen. Er begibt sich in den Zuschauerraum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Frau Dirks berichtet zunächst, dass sie heute einen überarbeiteten Zeitplan bekommen habe. Danach finde die erste Verhandlungsrunde auf Grundlage der indikativen Angebote vom 18. – 20.07.2011 statt. Die Einreichungsfrist für die abschließenden verbindlichen Angebote ende am 21.11.2011, 15:00 Uhr. Die Prüfung und Auswertung der Angebote soll vom 22.11.-14.12.2011 stattfinden. Dann könnten im Januar 2012 die Ausschüsse und Räte der beteiligten Kommunen über den Vergabevorschlag beraten, bevor am 15.02.2012 der Vertragsabschluss erfolgen könne.

Nun stelle sich die Frage, warum jetzt schon eine Gesellschaft gegründet werden soll, obwohl man sich noch mitten im Verfahren befinde. Die Berater meinten, dass den Bietern hiermit ein Signal gegeben werden soll, damit sie dies in ihren Angeboten berücksichtigen. In der Holding sei für diesen Beschluss eine Mehrheit von 75% erforderlich. In Lüdinghausen und Rosendahl würden ebenfalls HFA und Rat beteiligt, während andere Kommunen dies als ein Geschäft der laufenden Verwaltung ansähen.

Frau Rawe lehnt die beabsichtigte Gründung der Spartengesellschaft ab. Ihre Fraktion habe bereits im Vorfeld deutlich gemacht, dass sie keinen Billigstrom aufkaufen und weiter verkaufen wollten. Vielmehr müsste regenerativer Strom verkauft werden. Sie gehe davon aus, dass die Angelegenheit zu großen Diskussionen in den beteiligten Kommunen führen werde und wolle heute keine Entscheidung treffen.

Herr Fehmer äußert sich erstaunt über Passagen in der Sitzungsvorlage, wonach die am Vergabeverfahren federführend beteiligten Kommunen *überwiegend* den Wunsch zur Gründung einer Spartengesellschaft „Energie“ geäußert hätten. Es könne doch nicht sein, dass jetzt parallel zum Verfahren zur Auswahl eines strategischen Partners bereits eine Spartengesellschaft für Strom und Gas gebildet werden soll. Die Sache nehme eine bedenkliche Dynamik an, in der er sich nicht mehr mitgenommen fühle. Gerade der Bereich Energie stehe angesichts der Ereignisse in Japan vor einem riesigen Wandel. Deshalb sollte man sich Zeit für diese Entscheidung nehmen.
Des Weiteren könne er nicht nachvollziehen, dass lt. Schreiben von Wolter & Hoppenberg erfolgreiche Bieter die Möglichkeit erhalten sollen, strategischer Partner auch für den Strom- und Gasvertrieb zu werden. Man wisse doch gar nicht, mit welchem Strom die Bieter hantierten.

Frau Dirks kann die Bedenken gut nachvollziehen und habe diese selber

auch in der Bürgermeisterkonferenz angemeldet. Sie gebe aber zu bedenken, dass die Gründung mit einer 75% Mehrheit beschlossen werden könne, die Stadt Billerbeck also über die Holding mit ihrem Anteil beteiligt wäre.

Herr Maas sieht überhaupt keine Eile. Das Bieterverfahren und das Funktionieren der Netzgesellschaft sollte in Ruhe abgewartet werden. Es wäre Unfug, wenn jetzt eine Energie-Spartengesellschaft gegründet würde.

Herr Tauber hält es für äußerst bedenklich, wenn einige Bürgermeister diese Entscheidung als ein Geschäft der laufenden Verwaltung ansehen und ihre Räte nicht beteiligen. Die Gründung einer Spartengesellschaft sei zum jetzigen Zeitpunkt viel zu früh. Bevor das Produkt nicht bekannt sei, könne man nicht an den Markt gehen.

Auf entsprechende Nachfrage sagt Frau Dirks zu, in Erfahrung zu bringen, welche Kommunen eine Spartengesellschaft „Münsterland Energie GmbH“ gründen wollen.
Weiter wird Frau Dirks gebeten, die Gründe für die Ablehnung gegenüber den anderen beteiligten Kommunen darzulegen.

Beschlussvorschlag für den Rat:
Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt, die kommunalen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Münsterland Infrastruktur Holding GmbH & Co. KG zur Gründung einer Spartengesellschaft - der „Münsterland Energie GmbH“ - zu ermächtigen und alle zur Gründung dieser Gesellschaft erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Stimmabgabe: 10 Nein-Stimmen

6. Sachstandsbericht zum SGB II

Herr Struffert verweist auf den allen Ausschussmitgliedern vorliegenden Jahresbericht des Kreises Coesfeld und berichtet anhand der Sitzungsvorlage über die Entwicklung der Leistungen nach dem SGB II.
Weiter schildert er, dass die Hauptaufgabe im Moment in der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes der Bundesregierung bestehe. Diese Leistungen würden festgemacht an den Unterkunftskosten, was ungerecht sei. Aber auch in Billerbeck stellten bei weitem nicht alle Berechtigten einen Förderantrag.

Nach kurzer Erörterung über das Bildungs- und Teilhabepaket und die Schulsozialarbeit nimmt der HFA die Ausführungen des Herrn Struffert zur Kenntnis.

7. Mitteilungen

Keine

8. Anfragen

8.1. Verkauf von Restparzellen - Herr Fehmer

Herr Fehmer erkundigt sich nach dem Sachstand bzgl. des im Rahmen der Haushaltsplanberatungen angesprochenen Verkaufs von städt. Restparzellen.

Herr Mollenhauer erläutert, dass noch einige Zeit für die Vorbereitung benötigt und voraussichtlich Anfang nächsten Jahres eine entsprechende Sitzungsvorlage vorgelegt werde.

Marion Dirks	Birgit Freickmann
Bürgermeisterin	Schriftführerin